

II-2373 der Beilagen zu den stenographischen Protokollen des Nationalrates
XI. Gesetzgebungsperiode



1095 / A.B.
zu 1084 / J.
Präs. am 18. März 1969

Republik Österreich
DER BUNDESKANZLER

Z1. 22.210-PrM/69

13. März 1969

Parlamentarische Anfrage an
die Bundesregierung Nr. 1084/J,
betreffend die EntschlieÙung
(68) 19 des Europarates, betref-
fend Sicherheitsmaßnahmen für
Arbeiter gegen den Absturz bei
Bauarbeiten

An

Herrn Präsidenten des Nationalrates
Dr. Alfred MALETA

1010 W i e n

Die Abgeordneten zum Nationalrat GABRIELE, Dr. KRANZLMAYR,
Dr. LEITNER und Genossen haben am 22. Jänner 1969 unter
Nr. 1084/J an die Bundesregierung eine Anfrage, betreffend
die EntschlieÙung (68) 19 des Europarates, bezüglich Sicher-
heitsmaßnahmen für Arbeiter gegen den Absturz bei Bauarbei-
ten, gerichtet, welche folgenden Wortlaut hat:

"Unter Bezugnahme auf die vom Ministerkomitee des Euro-
parates am 18. Juni 1969 angenommenen EntschlieÙung (68) 19,
betreffend Sicherheitsmaßnahmen für Arbeiter gegen den Ab-
sturz bei Bauarbeiten, richten die gefertigten Abgeordneten
an die Bundesregierung die

A n f r a g e :

Welche Maßnahmen wird die Bundesregierung auf Grund der zitier-
ten EntschlieÙung des Europarates treffen?"

Ich beehre mich, diese Anfrage namens der Bundesregierung
wie folgt zu beantworten:

Sicherheitsmaßnahmen für Arbeiter gegen den Absturz bei
Bauarbeiten sind in der Verordnung des Bundesministeriums für
soziale Verwaltung vom 10. November 1954, BGBl. Nr. 267, über
Vorschriften zum Schutze des Lebens und der Gesundheit von
Dienstnehmern bei der Ausführung von Bauarbeiten, Bauneben-
und Bauhilfsarbeiten enthalten. Diese Vorschriften entsprechen

./.

zum größten Teil der EntschlieBung (68) 19 des Europarates.

Das Bundesministerium für soziale Verwaltung wird bestrebt sein, anlässlich einer Novellierung der angeführten Verordnung, auch jene Bestimmungen der Resolution aufzunehmen, die bisher in dieser Verordnung noch nicht geregelt sind.

Klaus